



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

1. Quartal 2021

Rückblick
Frühlingsession
2021

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Rückblick Frühlingsession 2021

Vom 1. März bis 19. März 2021 trafen sich die eidgenössischen Räte zur Frühlingsession.

Das Massnahmenpaket 1 zur Senkung der Gesundheitskosten stand erneut auf der Agenda. Zu dessen Experimentierartikel konnte auch in dieser Session keine Einigung erzielt werden. Während der Nationalrat einen im Gesetz verankerten Katalog mit Pilotprojekten befürwortet, ist der Ständerat gegen eine solche Auflistung.

Diskutiert wurden auch kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche kostendämpfenden Massnahmen er in den nächsten fünf Jahren im Bereich patentgeschützter Medikamente anwenden will.

Ein weiterer Sessions-Schwerpunkt war wiederum das Covid-19-Gesetz, für das nach intensiven Debatten und grosser Uneinigkeit im letzten Moment eine Lösung gefunden werden konnte. Unter anderem liefert das Gesetz die Grundlage für die Ausstellung eines Impf-, Test- oder Genesungsnachweises.

Der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zur Verschreibung von Cannabis-Arzneimitteln hat das Parlament zugestimmt. Demnach können Ärztinnen und Ärzte Cannabis-Arzneimittel künftig direkt auf Rezept verschreiben. Sie bleiben jedoch verpflichtet, Behandlungen dem BAG zu melden. Beim Monitoring durch das BAG sollen insbesondere auch Daten zu den Nebenwirkungen erhoben werden.

Auf den folgenden Seiten erfahren Sie mehr über diese und weitere im Parlament behandelte Geschäfte und aktuelle gesundheitspolitische Themen.

Im Parlament behandelte Geschäfte

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

19.046 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)

Status: von beiden Räten behandelt → die Schlussabstimmung ist ausstehend.

Im August 2019 hat der Bundesrat das erste von zwei Massnahmenpaketen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Paket umfasst insgesamt 9 Massnahmen mit Änderungen im KVG sowie analoge Massnahmen in den anderen Sozialversicherungszweigen. Die vermeintlich unproblematischen Vorschläge sind bei den Räten umstritten und wurden nur teilweise angenommen.

Für Uneinigkeit sorgt weiterhin der Experimentierartikel, der es erlauben soll, vom geltenden Recht abzuweichen, um günstigere oder bessere Modelle zur Kostendämpfung zu erproben. Grundsätzlich wollen beide Kammern einen Experimentierartikel, sie sind sich aber nicht einig, ob im Gesetz Bereiche aufgelistet werden sollen, in welchen Pilotprojekte vom Gesetz abweichen dürfen. Während der Nationalrat einen solchen Katalog befürwortet, ist der Ständerat gegen eine solche Auflistung.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190046>

19.3202 Motion

Eingereicht von Philippe Nantermod (FDP)

Medikamente. Parallelimporte ermöglichen und damit Kosten senken

Status: vom Nationalrat angenommen → das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung der einschlägigen Gesetzgebung vorzulegen, mit der der Parallelimport von Medikamenten aus Ländern, die dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören, zugelassen werden soll. Überdies sollten diese Medikamente von der obligatorischen Krankenversicherung höchstens zu den in der Schweiz geltenden Tarifen vergütet werden.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193202>

19.3318 Postulat

Eingereicht von Angelo Barille (SP)

Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten

Status: vom Nationalrat angenommen → das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche kostendämpfenden Massnahmen er in den nächsten fünf Jahren im Bereich patentgeschützter Medikamente anwenden will. Der Bericht soll u.a. eine griffige Strategie im Umgang mit den immer teureren patentgeschützten Medikamenten beinhalten.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193318>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

19.3130 Motion

Eingereicht von Lorenz Hess (Mitte)

Elektronisches Patientendossier. Verbreitung mit alternativen Versicherungsmodellen fördern

Status: vom Nationalrat angenommen → das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, in den einschlägigen Gesetzen zu gewährleisten, dass das elektronische Patientendossier (EPD) ein Vertragsbestandteil von alternativen Versicherungsmodellen innerhalb des Krankenversicherungsgesetzes sein kann.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193130>

20.060 Geschäft des Bundesrates

Betäubungsmittelgesetz. Änderung (Cannabisarzneimittel)

Status: erledigt.

Heute müssen Ärztinnen und Ärzte, die eine Behandlung mit Medizinal-Cannabis verschreiben möchten, in den meisten Fällen eine Ausnahmegewilligung beim BAG beantragen. Dieses Verfahren erschwert den Zugang zur Behandlung, verzögert die Aufnahme der Therapie und ist angesichts der steigenden Anzahl Gesuche nicht mehr zweckmässig. 2019 hat das BAG rund 3000 Bewilligungen erteilt.

Das Parlament hat nun einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zugestimmt. Demnach können Ärztinnen und Ärzte Cannabis-Arzneimittel künftig direkt auf Rezept verschreiben. Sie bleiben jedoch verpflichtet, Behandlungen dem BAG zu melden. Beim Monitoring durch das BAG sollen insbesondere auch Daten zu den Nebenwirkungen erhoben werden.

Relevant u.a. für Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200060>

21.016 Geschäft des Bundesrates

Covid-19-Gesetz. Änderung und Zusatzkredit

Status: erledigt.

Nach intensiven Debatten und grosser Uneinigkeit zwischen den Räten hat das Parlament bei der Revision des Covid-19-Gesetzes im letzten Moment eine Lösung gefunden und u.a. folgendes definiert:

Impfpass: Das Gesetz liefert die Grundlage für die Ausstellung eines Impf-, Test- oder Genesungsnachweises. Ein solcher Pass soll möglichst auch für die Ein- und Ausreise in andere Länder verwendet werden können. Der Bundesrat ist daran, die offenen Fragen detailliert zu regeln. **Inlandproduktion:** Zudem erhält der Bundesrat mit dem Gesetz die Grundlage, wichtige medizinische Güter selber herstellen zu lassen. Er soll auch die Finanzierung der Herstellung regeln. Damit soll die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen medizinischen Gütern gewährleistet werden. **Quarantäne:** Personen, die sich gegen Covid-19 geimpft haben, werden von allfälligen Quarantänemassnahmen befreit. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210016>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

21.3195 Postulat	Eingereicht von Josef Dittli (FDP)
Covid-19-Pandemie. Lessons learned für den Wissenschaftsstandort Schweiz	
Status: im Ständerat noch nicht behandelt.	

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Bedeutung des Wissenschaftsstandorts Schweiz zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie zu beleuchten, Handlungsbedarf zu erkennen und daraus die notwendigen Massnahmen zur Optimierung des Gesundheitssystems und zur Meisterung zukünftiger Gesundheitskrisen abzuleiten.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213195>

19.3221 Motion	Eingereicht von Bea Heim (SP), übergeben an Angelo Barille (SP)
Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen	
Status: vom Nationalrat angenommen → das Geschäft geht an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird eingeladen, Massnahmen zu treffen und die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, welche die Impfstoffversorgung der Bevölkerung verbessern und dank der Vereinfachung der Zulassung absichern. Dabei ist die Vergütung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) so zu regeln, dass Impfwillige nicht mehr belastet werden, als wenn der Impfstoff in der Schweiz verfügbar wäre.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193221>

20.3268 Motion	Eingereicht von Brigitte Häberli-Koller (CVP-EVP-BDP)
Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern	
Status: erledigt.	

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um die Abhängigkeit von internationalen Liefer- und Produktionsketten für essentielle Güter zu verringern. So soll die Versorgungssicherheit in zukünftigen Krisen besser gewährleistet werden und die nachhaltige Wirtschaft der Schweiz gestärkt werden.

Nach dem Ständerat hat der Nationalrat die Motion angenommen.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203268>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

20.3282 Motion	Eingereicht von Erich Ettlín (CVP-EVP-BDP)
Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen	
Status: erledigt.	

Der Bundesrat soll aus der Corona-Pandemie in vier Bereichen Lehren für das Gesundheitswesen ziehen: Gefordert wird u.a. eine Analyse der Notfallversorgung in Spitälern und Arztpraxen, die forcierte Digitalisierung im Gesundheitswesen sowie die Überarbeitung eines durchsetzbaren Influenza-Pandemieplans. Zudem sollen die Kosten der Pandemie, wie Einnahmeausfälle der Leistungserbringer (Spitäler) nicht in Form von Prämien erhöhungen auf die Prämienzahlenden abgewälzt werden.

Ständerat und Nationalrat haben die Motion angenommen. Der Bundesrat ist mit dem Auftrag einverstanden. Er muss die Motion nun umsetzen.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203282>

19.083 Geschäft des Bundesrates
Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt. Volksinitiative
Status: behandelt vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» verlangt ein bedingungsloses Verbot von Tier- und Menschenversuchen. In der Verfassung sollen Tierversuche als Quälerei und Verbrechen eingestuft werden. Bestehende oder neue Produkte, für die Tierversuche durchgeführt werden müssten, dürften weder gehandelt noch ein- oder ausgeführt werden.

Der Nationalrat lehnt die Volksinitiative ab. Er stuft das Volksbegehren als viel zu radikal ein, und er will auch keinen Gegenvorschlag dazu.

Relevant u.a. für Forschungseinrichtungen, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190083>

16.411 Parlamentarische Initiative	Eingereicht von Joachim Eder (FDP)
Für Persönlichkeitsschutz auch in der Aufsicht über die Krankenversicherung	
Status: erledigt.	

Bei der Aufsicht über die Krankenkassen wird der Datenschutz verbessert. Das Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG) wird dahingehend angepasst, dass der persönliche Datenschutz gewährleistet wird.

Ständerat und Nationalrat waren sich aber lange nicht einig über die Kriterien für die Weitergabe von Daten durch die Krankenkassen an das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Nach fünf Jahren Beratung haben sie nun den Entwurf des «Bundesgesetzes über die Datenweitergabe der Versicherer in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung» in der Schlussabstimmung angenommen. Damit ist geregelt, zu welchem Zweck Daten in welcher Form geliefert werden dürfen.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160411>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

19.401 Parlamentarische Initiative

Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates

Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität

Status: erledigt → Ständerat und Nationalrat haben dem Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative zugestimmt.

Bis 2030 braucht es gemäss Schweizer Berufsverband für Pflegepersonal (SBK) 65'000 zusätzliche Pflegenden. Die Ausbildungszahlen sind aber viel zu tief. Zudem müssen sich die Arbeitsbedingungen und die Attraktivität des Berufes verbessern, damit die Ausgebildeten im Beruf bleiben. Der SBK hatte zum Mittel der Initiative gegriffen, nachdem Bemühungen zur Stärkung des Pflegeberufs im Parlament gescheitert waren. Er fordert, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern.

Das Parlament lehnt die Initiative ab, kommt den Initianten aber mit einem indirekten Gegenvorschlag entgegen. Damit werden die Kompetenzen der Pflegenden ausgeweitet. Kern des Gegenvorschlags ist eine Ausbildungs-offensive. Ob die Initianten die Volksinitiative nun zurückziehen, wird sich zeigen.

Relevant u.a. für Ärzte/-innen und Pflegefachpersonen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190401>

Weitere gesundheitspolitische Themen im 1. Quartal

Im letzten Quartal wurden ausserdem die folgenden gesundheitspolitischen Themen diskutiert.

COVID-19 R&D-basierte innovative Partnerschaft der Pharmaindustrie zur Deckung des dringenden globalen Versorgungsbedarfs

IFPMA-Mitgliedsunternehmen stehen an vorderster Front bei den globalen Bemühungen, einen sicheren und wirksamen COVID-19-Impfstoff zu entwickeln und die Produktion zu steigern, um einen gerechten Zugang für Menschen auf der ganzen Welt zu gewährleisten. In weniger als einem Jahr wurden mehrere Impfstoffkandidaten zugelassen oder befinden sich in fortgeschrittenen klinischen Studien der Phase III mit ermutigenden Ergebnissen. Ausserdem findet ein beeindruckender und beispielloser Scale-up der Produktion statt. Die meisten Kooperationen – wenn nicht sogar alle – beinhalteten eine Art von Lizenzierung und Technologietransfer, was ohne ein robustes globales IP (intellectual property) -System nicht möglich gewesen wäre.

Relevant u.a. für Gesundheitssysteme, Pharmaindustrie und Patienten/-innen

Quelle: https://www.ifpma.org/wp-content/uploads/2021/03/IFPMA_Industrys-collaborations-on-COVID-vaccines-and-therapeutics-23.03.2021_V02.pdf

International Federation
of Pharmaceutical
Manufacturers & Associations
IFPMA

Einführung von Mindestanforderungen zur Bekämpfung healthcare-assoziierter Infektionen in der Schweiz

Im Rahmen der Umsetzung der vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) koordinierten Nationalen Strategie zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von healthcare-assozierten Infektionen (NOSO) hat Swissnoso mit Unterstützung der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz und von H+ die Spitäler der Schweiz einheitliche strukturelle Mindestanforderungen für die Schweizer Akutspitäler erarbeitet. Das Ziel ist eine verbesserte Verhütung von healthcare-assozierten Infektionen.

Relevant u.a. für Spitäler und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-82148.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Seltene Krankheiten: Bundesrat veröffentlicht Bericht

Bundesrat

In der Schweiz leiden mehr als 500 000 Menschen an einer seltenen Krankheit. Der Bundesrat hat einen Bericht erstellt, in dem er aufzeigt, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um eine angemessene Gesundheitsversorgung dieser Menschen sicherzustellen. Der Bundesrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 17. Februar 2021 verabschiedet.

Eine Krankheit gilt als selten, wenn sie höchstens fünf von 10 000 Menschen betrifft und lebensbedrohlich oder chronisch einschränkend ist. Die Versorgung und Integration von Menschen mit seltenen Krankheiten stellt das Schweizer Gesundheits- und Sozialversicherungssystem vor besondere Herausforderungen.

Relevant u.a. für Schweizer Gesundheitssystem, Patientenorganisationen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82361.html>

Drug-Checking-Angebote: wirksamer Ansatz zur Schadensminderung

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Drug-Checking-Angebote ermöglichen, Risiken, die mit dem Drogenkonsum verbunden sind, durch Substanzeanalysen zu senken. Eine im Auftrag des BAG durchgeführte Studie zeigt, dass dieses Angebot dazu beiträgt, die Konsumierenden vor Überdosierung und unerwünschten Wirkungen von Streckmitteln zu schützen. Die Studie streicht auch das Potenzial dieses Angebots für die Früherkennung von gefährdeten Personen und das Monitoring des Drogenmarkts heraus.

In Städten wie Basel, Bern, Genf oder Zürich können heute kleine Mengen von Drogen anonym bei einer Beratungsstelle zur Analyse abgegeben werden. Solche Tests werden auch in bestimmten Clubs oder bei Festivals angeboten. Die Rückmeldungen zur Substanzeanalyse sind in professionelle Beratungsgespräche mit den betroffenen Personen eingebettet. Jährlich werden in der Schweiz rund 4 000 Proben getestet, hauptsächlich Kokain, MDMA/Ecstasy und Amphetamin. In mehr als der Hälfte der Fälle zeigt die getestete Probe eine erhöhte Gefahr für den Konsumenten oder die Konsumentin auf.

Relevant u.a. für Schweizer Gesundheitssystem und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-82431.html>

Nationales Forschungsprogramm zu den Themen Tiere, Forschung und Gesellschaft lanciert

Bundesrat

Der Bundesrat hat am 3. Februar 2021 ein neues Nationales Forschungsprogramm zum Thema «Advancing 3R – Tiere, Forschung und Gesellschaft» lanciert. Hauptziele des Programms sind die Reduktion der Anzahl Tierversuche in der wissenschaftlichen Forschung, die Verbesserung von Tierversuchen sowie die Erarbeitung von Grundlagen zu ethischen und gesellschaftlichen Aspekten in diesem Bereich. Das mit 20 Millionen Franken dotierte Programm dauert fünf Jahre.

Relevant u.a. für Forschungsinstitutionen und Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82212.html>

Versorgungsqualität: Bundesrat legt nächste Schritte fest und ernennt Mitglieder der Eidgenössischen Qualitätskommission

Bundesrat

Das revidierte Gesetz zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung tritt am 1. April 2021 in Kraft. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 24. Februar 2021 den weiteren Fahrplan festgelegt; im Laufe des zweiten Halbjahrs 2021 wird er die Ziele für die kommenden vier Jahre definieren. Er hat zudem die 15 Mitglieder der neuen Eidgenössischen Qualitätskommission ernannt, die ihn unter anderem bei der Entwicklung der Versorgungsqualität beraten soll.

Zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit medizinischer Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung hat das Parlament 2019 die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) verabschiedet. Diese Teilrevision des KVG macht auch eine Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) erforderlich.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82453.html>

Illegale Importe von Arzneimitteln 2020: Arzneimittel aus dem Internet sind immer noch gefragt

Swissmedic

Etwas weniger Arzneimittel illegal in die Schweiz importiert.

Im Jahr 2020 stellte Swissmedic zusammen mit der Eidgenössischen Zollverwaltung 6 733 illegale Arzneimittelimporte sicher (Vorjahr: 7 781). Erektionsförderer führen die Rangliste immer noch an. Bei den Herkunftsländern liegt Singapur erstmals vor Indien, gefolgt von europäischen Ländern, die als Zwischenstation dienen.

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/mitteilungen/importe-illegaler-am-2020.html>

Der Bundesrat verbessert den Zugang zur Psychotherapie

Bundesrat

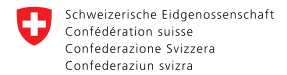
In seiner Sitzung vom 19. März 2021 hat der Bundesrat entschieden, dass psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten künftig zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) selbständig tätig sein können. Voraussetzung ist eine ärztliche Anordnung. Dadurch erhalten Menschen mit psychischen Problemen einfacher und schneller Zugang zur Psychotherapie. Der Bundesrat hat die entsprechenden Änderungen der Verordnung beschlossen.

Relevant u.a. für Psychotherapeuten/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82745.html>

Gesundheit: Taschenstatistik 2020

Die neue Ausgabe der Taschenstatistik präsentiert anhand von 53 Grafiken und Karten die jüngsten Daten zum Gesundheitszustand der Bevölkerung und dessen Bestimmungsfaktoren. Die Taschenstatistik gibt zudem einen Überblick über die verschiedenen Sektoren des Gesundheitssystems, deren Ressourcen sowie die bezogenen Leistungen. Ausserdem werden die Gesundheitskosten und deren Finanzierung umfassend betrachtet.



Bundesamt für Statistik

Allgemeiner Gesundheitszustand und Mortalität

	Männer	Frauen
Lebenserwartung bei Geburt, in Jahren (2019)	81.9	85.6
Lebenserwartung in guter Gesundheit bei Geburt, in Jahren (2017)	69.8	70.8
(sehr) guter selbst wahrgenommener Gesundheitszustand ¹ (2017)	85.9%	83.5%
dauerhaftes Gesundheitsproblem ¹ (2017)	30.5%	34.7%
Todesfälle, Total (2018)	32 398	34 690
Herz-Kreislauf-Erkrankungen	9 418	11 178
Krebs	9 545	7 815
Demenz	2 004	4 450
Unfälle	1 409	1 336

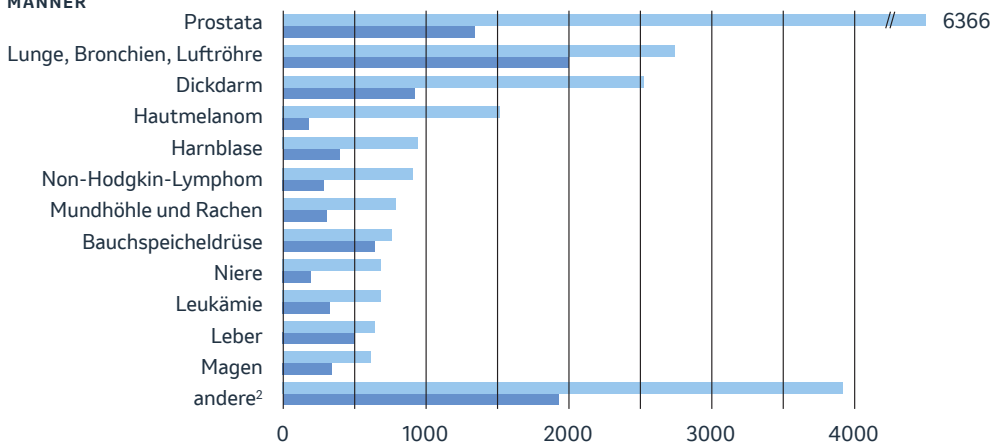
1. Bevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten

Quellen: BFS - SGB, BEVNAT, STATPOP, CoD © BFS 2021

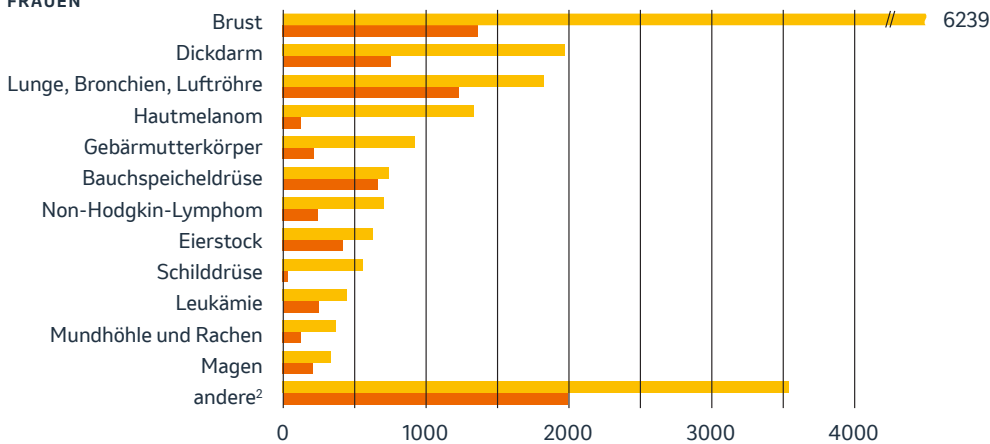
Krebs nach Lokalisation, 2013-2017

Durchschnittliche Anzahl pro Jahr

MÄNNER



FRAUEN



neue Fälle¹
Todesfälle

1. neue Fälle geschätzt aufgrund der Daten der Krebsregister

2. Neuerkrankungen ohne nicht-melanotischer Hautkrebs

Quellen: NKRS - Neuerkrankungen; BFS - Sterbefälle © BFS 2021

Relevant u.a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.15464462.html>

Medizinische Statistik der Krankenhäuser 2017-2019: Hospitalisierungsdauer und ihre Determinanten

Die Hospitalisierungstage verteilen sich sehr ungleichmässig auf die zwischen 2017 und 2019 hospitalisierten Personen. So entfiel die Hälfte aller Hospitalisierungstage in der Akutsomatik auf die 11 % Patientinnen und Patienten, die innerhalb von zwei Jahren mindestens 21 Tage stationär behandelt wurden. Es handelt sich häufig um ältere Personen; die Hälfte ist über 73 Jahre alt. Die Mediankosten für diese Spitalaufenthalte sind siebenmal höher als jene für Patientinnen und Patienten mit weniger Hospitalisierungstagen.

Relevant u.a. für Kantone, Krankenkassen, Spitäler und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2021-0143.html>

Publikation «Fakten und Zahlen» 2021

Wie viele Apotheken gibt es in der Schweiz und wie tief ist der Wert im europäischen Vergleich? Wie hoch ist der Wert der Apotheke für die Bevölkerung: Was leisten die Apotheken tagtäglich für ihre Kunden und wie dämpfen sie die Kosten im Gesundheitswesen?

37 Fakten geben Auskunft. Die Broschüre im Postkartenformat beantwortet alle Fragen rund um die gesundheitspolitische und volkswirtschaftliche Relevanz der Apotheken in der Schweiz und liefert anschaulich die Fakten dazu.

Relevant u.a. für Schweizer Gesundheitswesen, Apotheker/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.pharmasuisse.org/de/1499/Publikation-Fakten-und-Zahlen.htm>

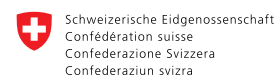
Der Ständerat ebnet dem Tarif der Zukunft den Weg

santésuisse und H+ begrüssen das Bekenntnis des Ständerats, ambulante Pauschalen als wichtiges Element für den Tarif der Zukunft im Gesetz zu verankern. Ambulante Pauschalen erhöhen die Transparenz, steigern die Qualität zugunsten der Patientinnen und Patienten und wirken kostendämpfend. Damit legt das Parlament den Grundstein zugunsten des Tariffriedens im ambulanten Sektor. Die Tarifpartner können nun gemeinsam das künftige ambulante Tarifwerk im Sinne der Patientinnen und Patienten und der Prämienzahler gestalten.

Nach dem Nationalrat setzt auch der Ständerat ein deutliches Zeichen für den Tariffrieden in der Schweiz und für kostendämpfende Massnahmen: Mit der Unterstützung einer national einheitlichen Tarifstruktur für ambulante Pauschalen gibt das Parlament ambulanten Pauschaltarifen das notwendige Gewicht in der künftigen ambulanten Tariforganisation. Dort werden die Tarifpartner in Zukunft gemeinsam unter einem Dach ambulante Pauschalen und den Einzelleistungstarif pflegen und weiterentwickeln.

Relevant u.a. für Krankenkassen, Spitäler, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: https://www.hplus.ch/fileadmin/hplus.ch/public/Medien/Medienmitteilungen/2021/Ambulante_Pauschalen_210308/2021-03-08_Comm_SR_amb_Pauschalen_D.pdf



Bundesamt für Statistik



santésuisse



Klinische Versuche mit Medizinprodukten: Änderungen in den gesetzlichen Vorgaben und BASEC

Am 26.5.2021 tritt die Medical Device Regulation (MDR auf EU-Ebene) und in der Schweiz die klinische Verordnung für Medizinprodukte (KlinV-Mep) in Kraft. An klinische Versuche/klinische Prüfungen mit Medizinprodukten werden demnach neue Anforderungen gestellt, u.a. auch, was den Nachweis der Wirksamkeit und die Sicherheit von Medizinprodukten anbelangt. Viele zusätzliche Dokumente müssen dementsprechend bei den Ethikkommissionen eingereicht werden.

Generell müssen klinische Versuche/klinische Prüfungen der Kategorie C (C1, C2, C3) bei den Ethikkommissionen und Swissmedic eingereicht werden, dagegen klinische Versuche der Kategorie A (A1, A2) und Projekte, die unter die Humanforschungsverordnung fallen (HFV Kap.2) nur bei den Ethikkommissionen.

Relevant u.a. für Forschungsinstitutionen

Quelle: <https://www.swissethics.ch/news/2021/03/16/klinische-versuche-mit-medizinprodukten-aenderungen-in-den-gesetzlichen-vorgaben-und-basec>

swissethics

Neue Austausch- und Informationsplattform zur Prävention

Eine neue Austausch- und Informationsplattform zur Prävention in den Bereichen Sucht, nichtübertragbare Krankheiten und psychische Gesundheit wurde lanciert. Die Plattform, die sich in erster Linie an Fachleute richtet, wird vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) betreut und von der Bundesverwaltung und ihren Partnern mit Inhalten gefüllt.

Mit der Lancierung der Plattform prevention.ch möchte das BAG den Austausch und die Nutzung von Synergien zwischen Fachleuten, aber auch zwischen den verschiedenen Präventionsbereichen nichtübertragbare Krankheiten, Sucht und psychische Gesundheit vereinfachen und fördern.

Die Plattform gibt einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten der zahlreichen Präventionsakteure in der Schweiz, wobei jedes Thema anschliessend bei den betreffenden Akteuren vertieft werden kann. Sie ermöglicht zudem, die Sichtbarkeit der nationalen Strategien zur Prävention und Gesundheitsförderung anhand konkreter schweizweiter Projekte zu erhöhen.

Relevant u.a. für Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-82780.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Altersdiskriminierung ist eine globale Herausforderung

Altersdiskriminierung führt zu schlechterer Gesundheit, sozialer Isolation, früherem Tod und kostet die Volkswirtschaften Milliarden: Bericht fordert schnelles Handeln, um wirksame Strategien gegen Altersdiskriminierung umzusetzen.

Man geht davon aus, dass jeder zweite Mensch auf der Welt eine altersdiskriminierende Einstellung hat – was zu einer schlechteren körperlichen und geistigen Gesundheit und einer geringeren Lebensqualität älterer Menschen führt und die Gesellschaften jedes Jahr Milliarden von Dollar kostet, so ein neuer Bericht der Vereinten Nationen über Altersdiskriminierung.

Der Bericht, der von der WHO, dem Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR), der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN DESA) und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) veröffentlicht wurde, fordert dringende Massnahmen zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung und eine bessere Messung und Berichterstattung, um Altersdiskriminierung als das zu entlarven, was sie ist – eine heimtückische Geissel der Gesellschaft. (...)

Relevant u.a. für die Weltbevölkerung

Quelle: <https://www.who.int/news/item/18-03-2021-ageism-is-a-global-challenge-un>

World Health Organization

eHealth – Herausforderung für die Aus- und Weiterbildung

Gesundheitsfachpersonen sind in ihrer Arbeit zunehmend mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens konfrontiert. Dabei spielen das «elektronisches Patientendossier» (EPD) und «eHealth» eine Rolle.

eHealth Suisse will als Kompetenz- und Koordinationsstelle eHealth von Bund und Kantonen Bildungsverantwortliche unterstützen, «EPD» und «eHealth» in die Lehrpläne einzubauen. Darum hat eHealth Suisse den Leitfaden «eHealth-Themen für Gesundheitsfachpersonen» erarbeitet. Damit werden primär jene Personen angesprochen, die für die Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonen sowie für Managementausbildungen im Gesundheitswesen verantwortlich sind.

Relevant u.a. für Ärzte/-innen

Quelle: <https://www.e-health-suisse.ch/de/gemeinschaften-umsetzung/ehealth-aktivitaeten/bildung-und-befaehigung.html>

ehealthsuisse
Kompetenz- und Koordinationsstelle
von Bund und Kantonen